

1. Stärker als bisher muß der Kampf für die ideologische Gewinnung der Jugend geführt werden. Die sozialistische Weltanschauung ist vor der Jugend zu erläutern und die Politik der Partei zu erklären. Die Vorsitzenden und führenden Funktionäre der Parteivorstände sollen häufiger Vorträge und Vorlesungen vor der Jugend halten, in denen sie den Sozialismus, die Ziele und Aufgaben der Partei, die Perspektiven des wirtschaftlichen Aufbaus oder die tagespolitischen Fragen behandeln.

Ein Plan zur kulturellen Erziehung der Betriebs- und Landjugend ist auszuarbeiten (Einrichtung von Büchereien, Durchführung von kulturellen Veranstaltungen in Betrieben und Dörfern).

Das Zentralorgan der Partei sowie alle Parteizeitungen werden verpflichtet, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um stärker als bisher die Probleme der Jugend zu behandeln.

Dem Jugendsport und Jugendwandern der FDJ muß jegliche ideelle und materielle Hilfe durch Zurverfügungstellung von Organisationsatoren, Sportfachleuten und Sportmaterialien gegeben werden.

Die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen ist auf die Verbesserung der Parteiarbeit an den Schulen und Hochschulen zu lenken. Die Tätigkeit an diesen Schulen muß unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung des Studiums und der politischen Aufklärungsarbeit entwickelt werden.

Die kulturelle Erneuerung Deutschlands ist ohne die aktive Einbeziehung der Jugend unmöglich.

2. Der Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft erfordert die breiteste Einbeziehung der Jugend. Die Parteileitungen und die Betriebsgruppen der Partei sollen der Entwicklung neuer Arbeitsformen unter der Jugend größere Aufmerksamkeit schenken (Verbreiterung der Aktivistenbewegung, Organisierung von Wettbewerben, Erhöhung der technischen Qualifikation der Jugendlichen durch Einrichtung von Fach- und Fortbildungskursen in den Betrieben, Heranbildung von Vorarbeitern und Meistern aus den Reihen der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, Entsendung von begabten Jugendlichen auf die Fach- und technischen Hochschulen).

In allen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben soll die Partei für die Einrichtung von Lehrwerkstätten und Berufsschulen eintreten. In den Betrieben ist auf die strenge Einhaltung der Gesetze und Verordnungen, die die Interessen und die Arbeit der Jugend schützen, zu achten.